



„Frischer Treibstoff“

In Südtirol grassiert die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Experten beruhigen: Kein Grund zur Panik!

Die Wolken hingen tief, als Martha Stocker, Arno Kompatscher und Helmuth Sinn das Würth-Gebäude in Neumarkt betraten. Die Landesrätin für Arbeit, der Landeshauptmann und der Direktor der Abteilung Arbeit des Landes machten besorgte Mienen. Es war am Donnerstag vergangener Woche.

Stocker, Kompatscher und Sinn trafen Würth-Geschäftsführer Nicola Piazza und seine Leute. Der Grund des Krisengipfels: Würth muss Angestellte entlassen.

Der Würth-Konzern bearbeitet seit mehr als 50 Jahren Italien von Südtirol aus. Hergestellt werden Schrauben und Werkzeuge, bis vor wenigen Jahren ein gutes Geschäft. Doch dann schlitterte die italienische Bauwirtschaft in die Krise, das zog auch Würth in den Abwärtsstrudel. Wird weniger gebaut, braucht es auch weniger Schrauben und Werkzeuge.

Der Umsatz brach ein, plötzlich musste Würth die Schrauben innerhalb des Konzerns anziehen: Man sparte da und dort, versuchte effizienter und kostenbewusster zu arbeiten. Das half zwar, aber es war zu wenig. Jetzt muss man Arbeitsplätze abbauen. 120 sollen es italienweit sein, 60

davon am Standort Neumarkt, wo 550 Menschen beschäftigt werden.

Würth ist nicht das einzige Unternehmen in Südtirol, das Personal entlassen oder in den Lohnausgleich überstellen muss: Rubner Holzbau, Frener und Reifer, Schönhuber-Franchi, Progress, Thun – sie alle und noch einige Unternehmen mehr hatten in den vergangenen Wochen und Monaten keine guten Neuigkeiten für ihre Mitarbeiter. Dazu kommen der Konkursfall ZH, der Abzug von Hoppe aus St. Martin in Passeier und der Dauerpatient Memc in Sinich bei Meran.

In Südtirol, dem einstigen Land der Vollbeschäftigung, grassiert nun die Angst vor der Arbeitslosigkeit. Doch ist diese Angst auch berechtigt?

„Nein“, sagt Stefan Perini, Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes (Afi) in Bozen. Zwar werde die Arbeitslosigkeit im Laufe des Jahres 2014 noch etwas ansteigen, doch das Größte sei überstanden. Aus dem neuesten Afi-Barometer geht hervor, dass 13 Prozent der Südtiroler Arbeitnehmer um ihren Arbeitsplatz fürchten; die überwiegende Mehrheit aber (87 Prozent) hat keine Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

Zwei Drittel der Arbeitnehmer glauben, dass die wirtschaftliche Situation insgesamt zumindest gleich bleibt oder sich verbessert; ein Drittel erwartet eine Verschlechterung. Besorgniserregend findet Perini einen anderen Aspekt: Von den Arbeitnehmern, die eine Arbeit haben, ist ein Drittel nur mit Schwierigkeiten oder gar nicht in der Lage, mit dem Lohn über die Runden zu kommen. Dementsprechend schlechter ist die Lage für jene Menschen, die sich in Lohnausgleich befinden, in die Mobilität überstellt oder entlassen werden.

Afi-Direktor Perini gibt zu bedenken, dass die Medien und die Öffentlichkeit derzeit besonders sensibel auf jeden Entlassenen reagieren. Das sei ihnen nicht zu verdenken. Dennoch handle es sich immer auch um Einzelfälle, das Gesamtbild sei wesentlich besser. Denn es gibt auch Unternehmen, die gut arbeiten: So vermeldet zum Beispiel der Burgstaller Lebensmittelhersteller Dr. Schär Umsatzzuwächse, der Lananer Seilbahnbauer Doppelmayr zog mehrere Großaufträge an Land, und der Brunecker Elektronikspezialist Intercable sucht Mitarbeiter.

„Die konjunkturellen Aussichten für 2014 sind leicht positiv“, sagt Georg Lun, Direktor des Wirtschaftsforschungsinstitutes (Wifo) der Handelskammer. Das Wifo sagt ein Plus von 0,8 Prozent für Südtirols Bruttoinlandsprodukt (Bip) voraus. Dieser Trend sei sehr positiv. Trotzdem würden gewisse Branchen wie der Bausektor weiterhin Schwierigkeiten haben. Er war überdimensioniert, jetzt müsse er gesundschrumpfen.

Weiterhin Probleme sagt Wifo-Direktor Lun auch jenen Unternehmen voraus, die sich auf den italienischen Markt beschränken. Dieser Markt werde schwächeln, obwohl auch für Italien ein Anstieg des Bip von 0,5 Prozent prognostiziert wird. Doch für Italien sei dies im Grunde zu wenig, da das Bip in den vergangenen Jahren um mehrere Prozentpunkte gefallen ist. Bis dieses Minus wieder ausgeglichen ist, wird es wohl noch einige Jahre dauern.

Immerhin: Auch in Italien soll es mit dem laufenden Jahr wieder aufwärts gehen. Lun spricht von „einem wichtigen Signal“.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist mit dieser Trendwende direkt verbunden. Allerdings wirkt sie sich nicht unmittelbar darauf aus, sondern verzögert. Das heißt, dass die jetzigen Entlassungen den Turbulenzen der vergangenen zwei, drei Jahre geschuldet sind. Zieht die Wirtschaft nun wieder an, dauert es wiederum zwei, drei Jahre, bis sich das auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze auswirkt.

Im Jahr 2014, sagt Lun, werde der Arbeitsmarkt „sicher nicht besser“. Die Arbeitslosenquote steige wahrscheinlich – in den Jahren danach werde sie aber wieder fallen.

Einer, der sich täglich mit dem Thema Arbeit befasst, ist Helmuth Sinn. Der Direktor der Abteilung Arbeit des Landes erlebte schon bessere Zeiten: Bis Mitte 2008 lag die Arbeitslosenquote im Land nahe der 2-Prozent-Marke, das Zauberwort lautete Vollbeschäftigung. Davon ist Südtirol heute ein Stück entfernt.

Die Arbeitslosenquote liegt bei rund 5 Prozent; das ist zwar nicht schlecht, aber eben auch nicht mehr die Bestnote von einst. Zum 31. Dezember 2013 waren rund 16.000 Arbeitslose in Sinns Datenbank vermerkt, so viele wie noch nie zuvor.

Trotzdem ist Helmuth Sinn zuversichtlich, dass es auf dem Arbeitsmarkt bald wieder besser läuft. Die Zahlen und Prognosen ließen zumindest für das nächste Jahr hoffen.

Das sagen auch Landeshauptmann Arno Kompatscher und Arbeitslandesrätin Martha Stocker. Nach dem Krisengipfel bei Würth versprühen sie gezielt Zuversicht, auch weil im Bereich Arbeit „die Psychologie das halbe Geschäft“ sei, wie Stocker freimütig zugibt.

Sie und Kompatscher wollen nun „frischen Treibstoff für die Unternehmen“ liefern. Und zwar in Form von steuerlichen und bürokratischen Entlastungen. Erste Schritte sollen bereits dieser Tage gesetzt werden. So plant die Landesregierung, den Freibeitrag für die Einkommensteuer Irpef auf 20.000 Euro anzuheben. Für die Unternehmen möchte man die Wertschöpfungssteuer Irap weiter senken; und die Gemeinden sollten, so Kompatscher, die Immobiliensteuer Imu möglichst tief halten.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, kündigt die Landesregierung Sonderprogramme an – etwa die Sanierung von Wohnungen des Wohnbauinstitutes, was der Bauwirtschaft zugute kommen würde. Investieren möchte das Land vor allem in Forschung, Entwicklung und Bildung. Denn der wichtigste Schlüssel für einen Arbeitsplatz, sagt Martha Stocker, sei „eine qualifizierte Ausbildung“.

Karl Hinterwaldner